

Beschluss des Landrats vom 30.06.2022

Nr. 1624

25. Sammelvorlage zu zwei Postulaten zum Thema Medikamentenmissbrauch: «Medikamentenmissbrauch bei Jugendlichen» und «Prävention gegen Medikamentenmissbrauch von Jugendlichen»

2022/108; Protokoll: ble, bw

Weil Lucia Mikeler bei diesem Geschäft als Kommissionsberichterstellerin fungiert, übernimmt der 2. Vizelandratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) die Sitzungsleitung für dieses Traktandum.

Kommissionsvizepräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) erklärt, die VGK habe sich an ihrer Sitzung vom 10. Juni 2022 mit einem Problem befasst, welches in der letzten Zeit stark im Fokus der Öffentlichkeit gestanden habe. Die Rede ist vom Medikamentenmissbrauch bei Jugendlichen. Am 30. Januar 2020 sind zum Thema zwei Postulate von Miriam Locher und Béatrix von Sury eingereicht und am 11. März 2021 vom Landrat überwiesen worden. Der Regierungsrat hat die beiden Vorstosse in einer Sammelvorlage beantwortet. Die Postulantinnen forderten den Regierungsrat auf, die Gefahren des Medikamentenmissbrauchs und die Möglichkeiten einer Reduktion des Missbrauchs aufzuzeigen. Er wurde gebeten, niederschwellige Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen zu prüfen und zu schauen, ob die nötigen personellen Ressourcen vorhanden sind. Der Regierungsrat führt in der Vorlage aus, das Problem erkannt zu haben und es auf mehreren Ebenen angegangen zu sein. Gemeinsam mit Basel-Stadt wurde ein Runder Tisch «Jugend und Sucht» etabliert. Ein Ergebnis daraus ist, dass der Medikamentenmissbrauch weniger verbreitet ist, als sich aufgrund der Berichterstattung in den Medien vermuten lässt. Das Phänomen variiert lokal stark und ist häufig in Sub-Gruppen anzutreffen. Weitere Gefässe sind eine Task Force und verschiedene Formate für Informationen und Sensibilisierungen an Schulen. Aktuell sind ausserdem zwei nationale Studien mit Blick auf die Problematik in Arbeit.

Die Sitzung der VGK fand am 10. Juni statt. Dabei waren Regierungspräsident Thomas Weber, VGD-Generalsekretär Olivier Kungler, der Suchtbeauftragte Joos Tarnutzer und Fabienne Guggisberg, zuständig für Suchtprävention.

Eintreten war unbestritten. Die Kommission stellte fest, dass die Problematik ernsthaft und auf der Höhe der Zeit angegangen werde. Für einzelne Mitglieder gibt es aber noch Lücken im Netz. Vor allem wegen der noch nicht ausgewerteten Studien hat sich am Schluss eine Minderheit gegen die Abschreibung der beiden Postulate ausgesprochen.

Die Zahl der Jugendlichen, die mit Medikamenten als Rauschmittel in Kontakt kommen, nimmt seit einigen Jahren deutlich zu. Die häufigsten Medikamentengruppen sind Benzodiazepine oder sogenannte Z-Substanzen und Medikamente zur Behandlung von ADHS (z. B. Ritalin). Warum das so ist, ist laut der Direktion noch nicht ganz geklärt. Eine Rolle spielt vermutlich die Verherrlichung in der Hip-Hop- und Rap-Kultur. Für Jugendliche kann der Griff zu Medikamenten schwerwiegende Konsequenzen haben, denn die Medikamente haben ein hohes Sucht- und Gewöhnungspotenzial und sind in Verbindung mit Alkohol sogar lebensgefährlich. In den letzten Monaten sind laut Direktion diverse Merkblätter entstanden, die das Thema aufgreifen. Der Kanton Basel-Landschaft ist damit einer der ersten Kantone, der die Fachpersonen für dieses Thema sensibilisiert und aktiv auf Handlungsoptionen hinweist.

Laut Direktion ist der problematische Mischkonsum eher auf Sek II-Stufe beobachtbar, in welcher man dem Thema mit verschiedenen Massnahmen begegnet. Darunter befindet sich eine Aktion, die die Rückgabe von Medikamenten thematisiert. Einer der möglichen Wege, mit der Jugendliche an verschreibungspflichtige Medikamente kommen, ist nämlich der Griff ins hauseigene Medikamentenschränkli. Eine andere Aktion heisst «Asking for a Friend», die bereits in Basel angeboten

wird und von Basel-Landschaft übernommen werden könnte. Diese ermöglicht den Jugendlichen eine anonyme Beratung zu den Themen Substanzkonsum, Mischkonsum, Safer Use oder Abhängigkeit.

Sucht ist ein umfassendes Thema, das auf tiefer liegende gesellschaftliche und persönliche Probleme hindeutet. Es sind immer ähnliche Gründe, welche die Menschen zu Alkohol, Medikamenten, Medien oder anderem greifen lassen. Es ist daher nicht unbedingt ratsam, Programme monothematisch auszurichten. Andererseits sollte man nicht bei Programmen stehen bleiben, sondern unbedingt auch das Umfeld mit einbeziehen. Von dort kommen nämlich die ersten und wichtigsten Hinweise, dass etwas aus dem Ruder läuft. Entscheidend ist aber, dass die Signale nicht nur empfangen werden, sondern dass auch gehandelt wird, indem man das Gespräch sucht oder eben z. B. über die Aktion «Asking for a Friend» Hilfe sucht. Ein Kommissionsmitglied hat bedauert, dass die Ergebnisse zweier nationaler Studien noch nicht vorliegen. Die Studien sollen Aufschluss darüber geben, wie gross das Problem eigentlich ist. Ohne diese Ergebnisse könne man aber nicht beurteilen, ob die im Bericht des Regierungsrats erwähnten Massnahmen ausreichend sind. Die Direktion wies darauf hin, dass das Problem des Medikamentenmissbrauchs gesamtheitlich nicht so gross scheint, wie es in den Medien dargestellt wird. Es ist daher auch nicht wirklich nötig, zusätzliche Mittel einzufordern. Diese Erkenntnis deckt sich mit dem Befund von Fachpersonen aus anderen Kantonen. Die Phänomene Medikamentenkonsum und Medikamentenmischkonsum – also der Vermischung von Medikamenten und Alkohol – passt sogar ziemlich gut in die generelle Suchtentwicklung. Allerdings gibt es eine vulnerable Gruppe, die mehr und früher konsumiert. Der richtige Ansatz wäre laut Direktion, die Leute möglichst früh zu erreichen. Ein Teil der Kommission war der Ansicht, dass man mit der Abschreibung noch warten soll, bis frühestens ab dem zweiten Halbjahr 2022 ein Ergebnis der erwähnten nationalen Studien vorliegt. Für die grosse Mehrheit der Kommission ist das nicht nötig, weil die Direktion schon der mitberichterstattenden Bildungskommission mitgeteilt habe, dass sie über die Ergebnisse informieren würde, sobald diese vorliegen. Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat mit 10:1 Stimmen, die Postulate 2020/70 und 2020/73 abzuschreiben.

Weil zu diesem Geschäft die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission mit einem Mitbericht beauftragt wurde, ergänzt **Pascal Ryf** (Die Mitte) als Kommissionspräsident Folgendes: In der BKSK wurde die Vorlage zusätzlich zu den in der VGK anwesenden Personen in Anwesenheit von Franziska Gengenbach, Leiterin Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote (AKJB), und David Stalder, Schulsozialarbeit AKJB, beraten. Betont wurde, wie wichtig die Prävention und Thematisierung des Medikamentenmissbrauchs in den Schulen sei. Bei der Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler geht es aber weniger um die Inhaltsstoffe der Medikamente, sondern eher um die Wege, wie die Jugendlichen an die Substanzen gelangen.

Der Jugenddienst der Polizei Basel-Landschaft bietet an den Schulen Elterninformationen an. Leider nähmen aber häufig diejenigen Erziehungsberechtigten an solchen Informationsanlässen teil, die bereits über entsprechendes Wissen verfügten. Es sei eine Herausforderung, auch die anderen zu erreichen. In Bezug auf die Information der Schülerinnen und Schüler äusserte ein Kommissionsmitglied, es brauche eine eingängige Präsentation zu den Gefahren des Medikamentenkonsums, die bei den Schülerinnen und Schülern einen bleibenden Eindruck hinterlasse. Fachleute raten aber eher davon ab: es gelte, eine Balance zu finden zwischen Information und dem Risiko, Jugendliche überhaupt erst dazu anzustiften, gewisse Dinge auszuprobieren.

Insgesamt sei der Drogenmissbrauch heute teilweise nur noch schwer erkennbar. So würden beispielweise viel weniger Jugendliche kiffen als früher, was jeweils am Geruch festgestellt werden konnte, sondern auf Alternativen wie Cannabis-Milch ausweichen, was geruchsmässig nicht feststellbar ist. Es sei aber festzuhalten, dass Drogen nur von gewissen Kreisen konsumiert würden; und in diesen Sub-Gruppen gilt es als «in». Hier gelte es, dass die Schulen besser und genauer

hinschauen und auch das Gespräch suchen. Über die Anzahl der Konsumierenden von Medikamenten und Alkohol könne nur gemutmasst werden. Es sei zu hoffen, dass die Ergebnisse der beiden erwähnten Studien mehr Aufschluss geben werden. Es handle sich gemäss den letzten Zahlen, die vor fünf Jahren erhoben wurden, um wenige Prozente. Der Alkoholkonsum hingegen liege in der gleichen Altersgruppe bei 60–70 %. Die BKSK hat verlangt, dass sie in einem Jahr über die Ergebnisse der Studie und welche Schlüsse die Direktion daraus zieht informiert wird.

– *Eintretensdebatte*

Miriam Locher (SP) ist froh, dass an dieser Stelle noch einmal über diese Thematik gesprochen werden könne. Zum Bericht bedarf es durchaus auch eines kritischen Votums. Die Ansicht, dass die Direktionen das Thema mit der notwendigen Ernsthaftigkeit behandelten, wird nicht vollumfänglich geteilt. Zumindest der Bericht und die Präsentation in der BKSK liessen Miriam Locher zu diesem Schluss kommen. In den Voten der Kommissionspräsidien wurde gesagt, die Direktionen seien der Ansicht, das Problem scheine nicht sehr gross zu sein. Miriam Locher möchte es aber auch gar nicht erst grösser werden lassen. Zudem: Lediglich nicht gross zu erscheinen bedeutet aber nicht, dass es auch wirklich nicht gross ist.

Dass der Missbrauch von Medikamenten ein grosses Feld und «neu» ist, ist verständlich. Das Herunterspielen und Verweisen auf Medienberichterstattung, die zu viel Raum eingenommen habe, wird der Situation aber wirklich nicht gerecht. Die Verharmlosung einer solchen Situation ist gar fatal. Das Problem existiert. Der Bericht ist sehr vage. Die Studien wurden angesprochen. Weiter wurde vernommen, dass der Sitzungsrhythmus des Runden Tisches nicht so klar ist. Tatsache ist, dass man sich ernsthaft mit dieser Thematik auseinandersetzen muss. Der BKSK wurde versprochen, dass nochmals Bericht erstattet wird, sobald die Studien vorliegen. Es ist Miriam Locher ein grosses Anliegen, dies auch im Landratsprotokoll festgehalten zu wissen. Sie erwartet, dass die Landratsmitglieder darüber informiert werden, was die Studien ergaben und welche weiteren Massnahmen daraus abgeleitet werden. Dass ein Problem vorliegt, belegt auch die Präventionskampagne, mit welcher die SID explizit auf den Missbrauch von Medikamentencocktails bei Jugendlichen hinweist und sich an diese Jugendlichen wendet. Die Rednerin ist sehr froh, dass sich Regierungsrätin Kathrin Schweizer diesem Thema annimmt und vorwärts macht, bevor die Studienergebnisse vorliegen. Nichtsdestotrotz wird sich Miriam Locher vorbehalten, weitere Vorstösse zu dieser Thematik einzureichen. Für den Moment scheint die Berichterstattung auszureichen. Das Thema ist aber noch lange nicht vom Tisch.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) verweist auf einen diese Woche ausgestrahlten Bericht im Schweizer Fernsehen, wonach die Opioidabhängigkeit bei Erwachsenen stark zugenommen habe, weil entsprechende Medikamente verschrieben werden. Das ist sehr beunruhigend. In den vorliegenden Postulaten geht es vor allem um die Jugendlichen. Der Konsum bei den jüngeren Jugendlichen hat zugenommen. Es ist löblich, dass der Runde Tisch Jugend und Sucht mit Basel-Stadt einberufen wurde. Die Ergebnisse werden mit Spannung erwartet. Ebenfalls ist es löblich, dass Fachpersonen berufen wurden, die sich mit dem Thema befassen. Einige Zweifel bestehen im Hinblick auf die Aussage, dass Suchtprobleme mit Medikamenten weniger stark verbreitet seien, als man es den Medien entnehmen könne. Gleichzeitig wird ja auch im Bericht geschrieben, dass sich das Problem vor allem im privaten Bereich abspiele. Was privat abläuft, entzieht sich folglich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Es ist also von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Das ist ein Widerspruch. Es ist auch allseits bekannt, dass der schulische Druck auf die Jugendlichen deutlich gestiegen ist. Mit der Corona-Krise nahm er umso mehr zu. Das beeinflusst auch die generellen Suchtprobleme und immer jüngere Personen. Natürlich ist es zu begrüssen, dass der Kanton diverse, niederschwellige Massnahmen aufgleist. Mit Merkblättern allein ist es aber nicht getan. Es braucht intensive, sichtbare Aktionen und vor allem auch Aufklärung der Er-

wachsenen. Es muss Möglichkeiten geben, diese wirklich abzuholen. Zudem braucht es eine breite, sichtbare und niederschwellige Massnahme für die jüngeren Jugendlichen. Für Béatrix von Sury kommt eine Abschreibung zu früh. Sie würde lieber erst die Ergebnisse der Studien abwarten und über die daraus resultierenden Massnahmen Bescheid wissen. Wenn sich der Regierungsrat verpflichtet, zumindest der BKSK Informationen zukommen zu lassen, dann kann einer Abschreibung zähneknirschend zugestimmt werden. Es würde aber sehr geschätzt, wenn auch die JSK informiert würde.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Die Postulate 2020/70 und 2020/73 werden stillschweigend abgeschrieben.
